



**B H I**

# Bundesverband Hausärztlicher Internisten e.V. (BHI)

**Verband Berliner Hausarztinternisten - VBHI**

c/o Dr. Detlef Bothe • Oldenburger Str. 47 • 10551 Berlin ☎ 396 14 50 • 📠 396 84 81 • ✉: vbhi@dr-bothe.de

## Infomail 5/2011 des VBHI

### Aus der Vertreterversammlung

In nicht-öffentlicher Sitzung diskutierte die VV über eine Stunde die Dienstverträge mit dem neuen (alten) Vorstand, dem Vernehmen nach erhielten die **Vorstandsmitglieder** eine deutliche **Gehaltserhöhung**. Wie meistens erhielt der Bericht der Vorstandsvorsitzenden Pohn nichts bemerkenswertes. Kraffel berichtete, dass von den 19 **freierwerbenden Hausarztstellen** 17 Sitze an Praxen gehen müssten, die einen Jobsharingpartner hätten, nur zwei Sitze wären somit zur freien Verfügung. Bratzke berichtete, dass die **Arzneimittelvereinbarung** und die **Richtgrößenvereinbarung** zur Zeit vor dem Schiedsamt wären.

Die von der VV als Vertreterin in die KBV-Vertreterversammlung gewählte Delegierte Stennes berichtete von der **KBV-VV**, in der Köhler und Müller, nicht ganz unumstritten, im Amt bestätigt wurden. Den Vertretern der KV Berlin schien es völlig egal zu sein, wie sich die Berliner KBV-VV Mitglieder (Stennes, Pohn, Kraffel) in der Frage der Wiederwahl von Köhler positioniert haben. Weder im Vorfeld noch hinterher gab es irgendeine Debatte zu diesem Thema. Auch das ist Demokratie.

### Kleinräumige Bedarfsplanung

In einem interessanten Bericht über kleinräumige Bedarfsplanung zeigte Kraffel, welche Konsequenzen sich aus einer kleinräumigen Betrachtungsweise ergeben könnten. So würde sich dabei zeigen, dass es in Berlin, obwohl als Ganzes "übersorgt", in einzelnen Stadtteilen doch eine Unterversorgung bei einzelnen Fachgruppen geben würde. Man müsse auch eine Altersgewichtung berücksichtigen, so würden Urologen und Augenärzte sehr viel mehr ältere Patienten behandeln als z. B. Frauenärzte. Zu berücksichtigen wäre auch der Anteil von Patienten, die nicht aus der unmittelbaren Umgebung der Arztpraxis versorgt würden.

Etwas überraschend zog Kraffel daraus den Schluss, dass die KV Berlin sich dafür einsetzen werde, Berlin weiterhin als einen einzigen Zulassungsbezirk beizubehalten und Unterversorgung dadurch verhindern zu wollen, dass man Praxisverlegungen nur noch genehmigen wolle, wenn damit eine Verbesserung der lokalen Versorgung einherginge. In unterversorgten Gebieten sollten die Mengengrenzungen aufgehoben werden. Interessanterweise schloss sich an diesen Vortrag **keinerlei Diskussion der Delegierten** an, warum auch immer.

### Kleine Anfrage zu Laborkosten

Zu den originären Rechten eines Delegierten gehört das Recht, kleine Anfragen an den Vorstand zu stellen, die dieser laut Geschäftsordnung kurzfristig beantworten soll. Seit einem Jahr wartet der Delegierte Wiebrecht vom BDA auf die Antwort auf seine Anfrage hinsichtlich der Entwicklung der Laborkosten von Haus- und Fachärzten. Mit Nichtbeantwortung und dem Verstecken hinter vordergründigen Argumenten (Datenschutz) hat der Vorstand bisher reagiert. Nun versuchte Kraffel, den Vertretern weiszumachen, dass die Beantwortung der Anfrage derart viel Arbeit bedeuten würde, dass für Rechnerkapazitäten und Überstunden zur Beantwortung dieser Anfrage Kosten in Höhe von sage und schreibe € 18.500 (!) anfallen würden und zudem die Restzahlung an die Kollegen sich um 2-3 Wochen verzögern würde. Wenn die VV diesen Aufwand nicht beschließen würde, könne die Anfrage erst 2012 beantwortet werden, wenn die Kosten dafür in den Haushaltsplan der VV aufgenommen wären. In der Diskussion darüber war Wiebrecht weitgehend auf sich alleine gestellt, er bekam so gut wie keine argumentative Unterstützung seiner BDA-Kollegen. Dabei ist es wichtig, sich mit diesen Zahlen zu befassen, ist doch das Labor jetzt Vorwegabzug über alle Versorgungsbereiche und die Hausärzte zahlen einen großen Teil der fachärztlichen Laborkosten mit. Die Rechte eines Vertreters und die Bedeutung dieser Anfrage war jedoch scheinbar einer (fachärztlichen) Mehrheit der Vertreter egal, mit 13 zu 11 (bei 8 Enthaltungen) stimmten sie dem Vorstand zu, diese Anfrage nicht zu beantworten.

Eine Sternstunde parlamentarischer Gepflogenheiten war diese VV ganz sicher nicht! Diese VV beschnitt die Rechte ihrer Mitglieder und verzichtete freiwillig auf Diskussion wichtiger Fragen.

Ihr

Detlef Bothe